

Unsere direkte Demokratie ist nicht verhandelbar

Volksrechte und Wohlstand preisgeben?

von Nationalrätin Nina Fehr Düsel, Küssnacht ZH

Die Kernfrage zum sogenannten Rahmenabkommen 2.0 mit der EU lautet: Wollen wir unsere Unabhängigkeit und unser Stimmrecht preisgeben, uns dem Gericht der Gegenpartei unterstellen und dafür auch noch Milliarden bezahlen?



Die Befürworter weichen dieser Frage geflissentlich aus. Sie reden tatsachenwidrig vom «Bilateralen Abkommen III» – obwohl dieser institutionelle Vertrag den bilateralen Weg nicht weiterführt, sondern beendet. Denn entgegen ihren Behauptungen wären die Folgen für unser Land gravierend: Wir müssten in allen geregelten Bereichen des

Binnenmarktes (Personenverkehr, Gesundheit, Bürgerrechte, Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Strommarkt, Verkehrspolitik etc.) «dynamisch» heutiges und künftiges EU-Recht übernehmen. Im Klartext: Brüssel würde künftig unsere Gesetze machen! Wir könnten zwar in der Regel pro forma noch abstimmen. Wenn wir aber nicht im Sinn der EU entscheiden, droht ein kompliziertes Schiedsgerichtsverfahren, und in allen wichtigen Bereichen entscheidet letztlich der Europäische Gerichtshof – das Gericht der Gegenpartei. Und wir müssten mit Strafmassnahmen (zum Beispiel mit neuen Zöllen) rechnen.

Dieses Vertragswerk ist für unser souveränes Land untragbar! Wir müssen Brüssel klar machen: Unsere direkte Demokratie ist nicht verhandelbar!

Mehr Zuwanderung, weniger Wohlstand

Auch bezüglich Personenfreizügigkeit hätte das Abkommen schwerwiegende Folgen: Statt die Massenzuwanderung zu bremsen, würde die Zuwanderung weiter angeheizt. Denn mit der sogenannten Unionsbürgerrichtlinie würden EU-Personen den Schweizern arbeits- und sozialrechtlich gleichgestellt. Durch noch mehr Zuwanderung würden unser Wohlstand, der Arbeitsmarkt und unsere Sozialversicherungen massiv gefährdet. 2023 hat die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz netto um rund 150'000 Personen auf fast neun Millionen zugenommen. Weil das Bruttoinlandprodukt, also die gesamte volkswirtschaftliche Leistung, aber nur um 1,3 Prozent gestiegen ist, hat der reale durchschnittliche Wohlstand pro Kopf um 0,4 Prozent abgenommen. Das hat Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaft, kürzlich dargelegt. Das Rahmenabkommen 2.0 würde die Situation weiter verschlechtern. Wenn immer mehr Leute vom gleichen Kuchen essen, werden die Portionen immer kleiner. Der Wohlstand sinkt.

Zurecht kann man jetzt die Frage stellen: Was ist denn die Alternative zu diesem schlechten Abkommen? Die Alternative ist ganz einfach: Wenn Probleme auftreten, lösen

wir sie bilateral – das heisst: Man redet und verhandelt miteinander – und zwar als gleichberechtigte Partner. Das macht die Schweiz schon seit Jahrhunderten – aber natürlich nicht unter Sanktionsdrohungen!

Wir haben starke Verhandlungstrümpfe: Wir importieren jährlich für rund zwanzig Milliarden Franken mehr Güter aus der EU als wir dorthin exportieren; fast 400'000 Grenzgänger finden bei uns Arbeit; unsere Hochschulen gehören zu den weltbesten – im Gegensatz zu jenen in der EU, d.h. Forschungsabkommen wie «Horizon» sind höchstens Randprobleme.

Die Schweiz ist nicht die Befehlsempfängerin der EU. Wir müssen selbstbewusster auftreten und in Brüssel den Tarif durchgeben, wie es Guy Parmelin 2021 mit dem Rahmenvertrag gegenüber Frau von der Leyen getan hat.

Obligatorisches Referendum

Zudem muss dieser Vertrag auf jeden Fall dem obligatorischen Referendum unterstellt werden, damit eine doppelte Mehrheit von Volk und Ständen entscheiden kann. Fazit: Nein zu diesem untauglichen Vertragswerk. Unsere direkte Demokratie ist definitiv nicht verhandelbar!

Nina Fehr Düsel

